

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonntags.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophtenstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro Spaltige Zeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.,
Privatangelegenheiten ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Avr. 22

Stuttgart, den 31. Mai 1902

18. Jahrgang

Bekanntmachung

des Verbandsvorstandes.

Die in der Nummer 20 des Organs enthaltene Bekanntmachung, betreffend Verlust des Mitgliedsbuchs nebst Legitimation für Buchbinder Curt Schröder, ist durch Beibringung der besagten Ausweis-papiere erledigt.

Der Verbandsvorstand.
I. A.: A. Dietrich.

Zum Gewerkschaftskongress.

Wie die Kongresse der einzelnen Verbände einen Rück- und Ausblick auf die Gestaltung der Organisationen gestatten, so bietet der Gewerkschaftskongress einen solchen auf die gesammte Gewerkschaftsbewegung im Reiche. Nur wenige Tage trennen uns noch, wo die große Heerschau über die deutschen Gewerkschaften abgehalten wird. Allem Anschein nach wird diese einen durchaus befriedigenden Verlauf nehmen, denn auch in den letzten Jahren haben die Organisationen, trotz der für sie ungünstigen Zeit, sich stetig weiter entwickelt. Zur reichhaltigen Tagesordnung des Kongresses gefellen sich nunmehr eine Anzahl dazu gestellter Anträge, von denen die wichtigsten wohl eine kurze Skizze auch in unserem Organ erfordern.

Von einer Reihe kleiner Organisationen ist der Antrag gestellt, auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen: „Die Stellung der Berufsorganisationen zu den Industrieverbänden.“ Veranlassung zu diesem Antrag hat jedenfalls der ewige Hader gegeben, von dem wir bis vor Kurzem verschont geblieben waren, über die Grenzstreitigkeiten bei der Aufnahme von Mitgliedern, zwischen den großen Industrieverbänden und den noch zur Zeit bestehenden Branchenorganisationen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Kongress einen für alle dergleichen Fälle gültigen prinzipiellen Beschluß wird fassen können, sondern es wird auch ferner, wie bisher, den einzelnen Verbänden im Verein mit der Generalkommission überlassen bleiben müssen, in welchem Maße die Abgrenzung zu geschehen hat, sind doch hierfür viele Umstände bestimmend, so, ob es sich um eine Konkurrenzorganisation mit niedrigen Beiträgen handelt zc., daß eine Schematisierung wohl nicht angängig ist. In unmittelbarem Zusammenhang hierzu stehen noch einige Anträge, die dem entgegenstehend, die Anschließung der Branchenorganisationen an die Industrieverbände verlangen.

Um die Agitation nachdrücklicher betreiben zu können, liegt ein Antrag vor, der die Einsetzung von Agitationskommissionen für jede Provinz respektive für einen bestimmten Landestheil wünscht. Für die Betreibung der Agitation an den einzelnen Orten ist heute an jedem namhaften Industrieort ein Kartell errichtet, das jedenfalls für alle Gewerbe agitatorisch besser wirken kann, als es die neugebachte Institution vermögen würde, außerdem wirken aber in den Verbänden die einzelnen Gauvorstände über die ihnen unterstellten Bezirke

agitatorisch und auch der Generalkommission ist ein Theil davon zugewiesen. Die Agitation unter den Berufsgenossen selbst wird ja in der Hauptsache immer den einzelnen Organisationen überlassen bleiben müssen. Der Antrag hätte wohl kaum auf Annahme zu rechnen.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen steht schon als besonderer Punkt auf der Tagesordnung und wird deshalb gewiß eine eingehende Erörterung hervorrufen. Dazu ist ein Antrag vom Verbands der Buchdruckereihilfsarbeiter gestellt, der die Einsetzung einer besonderen Agitationskommission bestehend aus Frauen verlangt. Was von obigem Antrage gesagt ist, gilt auch von dem. Durch noch so viel Agitationskommissionen und Wanderagitatoren wird der Gewerkschaftsbewegung nicht so viel genützt, wie durch die Agitation von Mund zu Mund in der Fabrik, in der Werkstatt und im Hause selbst — die Erfolge lehren es täglich. Dafür wäre es unseres Erachtens praktischer, Unterstützungs-einrichtungen innerhalb der Gewerkschaften zu schaffen, an welchen die Arbeiterinnen mehr interessiert sind; allerdings die niedrigen Beiträge lassen keinen großen Spielraum nach dieser Richtung.

Die Streikunterstützung und Streikstatistik ist ebenfalls ein besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt und auch zu ihm liegt ein Antrag vor, der wohl gut gemeint, aber jedenfalls sehr schwer durchführbar ist. Er verlangt eine wöchentliche, kleine, tabellarische Uebersicht über Streiks und Ausperrungen im „Korrespondenzblatt“ nach den Berichten der Partei- und Gewerkschaftspresse zusammengestellt. Abgesehen von der ganz ungeheuren Arbeit, die der Redaktion des „Korrespondenzblattes“ dadurch erwachsen würde, wenn sie alle im Reiche erscheinenden Partei- und Gewerkschaftsblätter genau durchforschen sollte, würde auch selbst dann dieser Zusammenstellung eine ziemliche Unvollständigkeit und Ungenauigkeit anhaften, da die Presse nicht immer genügend informiert ist. Das sind im höchsten Falle die Zentralvorstände und von diesen allwöchentlich das Material zu erlangen, dürfte doch mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein. — Die von der Generalkommission gepflegte Streikstatistik wird dagegen nach Möglichkeit auszubauen sein, denn sie erfreut sich gewiß ungetheilten Beifalls bei den Gewerkschaften und leistet diesen und der Presse große Dienste als Gegenstück zur amtlichen. Wie weit die Streikunterstützung zu regeln und einheitlich zu gestalten ist, das zu berathen, wird eine Hauptaufgabe des Kongresses sein.

Die Errichtung eines Reichsarbeitersekretariats wird von der Generalkommission beantragt, dem in der Hauptsache die Aufgabe zufallen soll, die Re-kurse, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichsversicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Rekurse in der Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt zu sorgen. Die Nützlichkeit dieser Einrichtung ist nicht von der Hand zu weisen, zu seinem Unterhalt soll der an die Generalkommission zu zahlende Beitrag von 3 auf

4 Pf. pro Mitglied und Quartal erhöht werden. Die Sache wird jedenfalls erst spruchreif auf dem Kongress selbst.

Zum Punkte „Submissionswesen“ liegt ein Antrag von unserer Zahlstelle Hamburg vor, der zugleich auch eine Einschränkung der Zucht-hausarbeit fordert. Dem Antrage ist vor Kurzem in einem Artikel des Kollegen Grimm Erwähnung gethan worden, so daß ein näheres Eingehen auf ihn sich wohl an dieser Stelle erübrigt. Bei diesem Punkte wird ja auch vornehmlich die Streikkaufler behandelt werden, um dagegen zu votiren, daß diese die Behörden in die Submissionsbedingungen aufnehmen.

Die Stellung der Gewerkschaftskartelle zu den Gewerkschaftsorganisationen wird voraussichtlich eine längere Zeit des Kongresses beanspruchen. Mit Ausnahme des Antrags Grimm befaßen sich die übrigen dazu gestellten Anträge — sechs an der Zahl — mit den den Kartellen einzuräumenden Rechten. Einige wollen die Rechte der Kartelle erweitert wissen, andere wollen sie bescheiden. Anscheinend ist dieser Punkt auf Veranlassung des Maurerverbandes auf die Tagesordnung gesetzt worden, der schon früher einmal die Beseitigung der Kartelle wünschte. Zweifellos haben die Kartelle sich große Verdienste um die gewerkschaftlichen Organisationen errungen, sie führen ein gemeinschaftliches Handeln aller Organisationen an Orte herbei und bilden auch die Grundlage für die Arbeitersekretariate. Sie zu beseitigen, liegt jedenfalls kein Grund vor; darüber zu wachen, daß sie ihre Befugnisse nicht überschreiten, wird Aufgabe der Organisationen selbst sein. Ihnen eine Vertretung auf dem Kongress zu gewähren, wie mehrere Anträge wünschen, dürfte aber keineswegs weder notwendig noch zweckmäßig sein; der Kongress müßte auch für die Zukunft nur Vertreter der Zentralorganisationen zulassen.

Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung ist: „Die Hausindustrie“, der zum ersten Male auf einem Gewerkschaftskongress besonders behandelt werden soll. Mit wenigen Ausnahmen leiden alle Gewerbe unter diesem Auswuchs der kapitalistischen Produktionsweise, ihre weitere Ausdehnung ist in steter Zunahme begriffen, sie vergiftet das Volks- und Familienleben und ist dazu geeignet, manche Industriezweige dem wirtschaftlichen Verderben nahe zu bringen. Dem Verband der Schneider, der in seiner Organisationsfähigkeit besonders darunter zu leiden hatte, fiel bisher fast allein der Kampf gegen diese zu. Aber alle Organisationen, selbst die, welche mit der Hausindustrie wenig zu rechnen haben, haben ein eminentes Interesse daran, diese, wenn nicht überhaupt zu verbieten, so doch zu beschränken. Fände der Kongress Mittel und Wege hierzu, so wäre damit ein Werk begonnen, das sicher den ungetheilten Beifall aller Volksfreunde erhalten würde.

Von nicht minderer Wichtigkeit ist der Punkt über die Arbeitslosenversicherung, eine Frage, die in letzter Zeit sich einer ganz besonderen Aktualität erfreut und zu der ein so reichhaltiges Material und so zahlreiche Äußerungen in der Presse vor-

liegen, daß eine Uebersetzung kaum möglich ist. In alle diese verschiedenen Ansichten eine Klärung zu bringen, wird eine dankbare Aufgabe des Kongresses sein.

Von den noch gestellten Anträgen scheint uns der von unserem Verband gestellte von größter Beachtung. Das sagen wir nicht aus Lokalpatriotismus, sondern eine kurze Darlegung wird dies kund thun. Der Antrag bezweckt eine Aenderung des § 134b der Gewerbeordnung. In der Einleitung befragt der Antrag, daß eine Aenderung der Gewerbeordnung überhaupt sehr dringend erforderlich ist. Und in der That, wer jemals das objektive Urtheil eines Juristen gehört hat, der in seiner Praxis mit der Gewerbeordnung viel zu thun hat, etwa das eines Gewerberichters, der wird hören, daß gerade diesem Gesetz, das im täglichen Leben wohl so oft in Anwendung kommt, wie kein zweites, eine Anzahl von Mängel anhaftet, deren Beseitigung nur im Interesse des ganzen gewerblichen Lebens liegen kann. In den überaus meisten Fällen hat der Arbeiter natürlich den Schaden davon. Eine dieser Bestimmungen der Gewerbeordnung, durch deren einseitige Auslegung und Handhabung vielen Arbeitern schweres Unrecht zugefügt wird, ist der angezogene § 134b, der die Bestimmungen für die Arbeitsordnung enthält. Hier ist dem Arbeitgeber gestattet, Strafgeelder festzusetzen, ein Recht, von dem Manu in sehr ausgiebigem Maße Gebrauch macht. Und ist allein das, dem Arbeitgeber steht auch noch das Verfügungsrecht über diese Strafgeelder zu, er kann also ganz nach Willkür, ohne Kontrolle die Verwendung dafür bestimmen. Das ist ein unleidlicher Rechtszustand und seine Aenderung dergestalt, daß der Arbeiter zum Mindesten über sein eigenes Gut, über die von ihm ausgeübten Strafgeelder mitbestimmen kann, eine Forderung der Billigkeit und Gerechtigkeit, die durch Gesetz gewährleistet sein sollte. — In seinem ersten Theile befragt aber der Antrag ferner, daß diesem Paragraphen der Gewerbeordnung die Bestimmung beigelegt werden soll, daß in Berufen, wo beiderseitig ausgearbeitete Lohnsätze bestehen, diese bei der Art der Lohnberechnung zu Grunde zu legen sind. Dieser Antrag kann noch besonders aktuell werden, wenn das Gerichtsurtheil der bayerischen Gerichte in dem neulich auch von uns gebrachten Falle in Sachen der Unternehmer im Feingoldschlägergewerbe mit dem Metallarbeiterverband bis dahin vorliegt. Immer

mehr macht sich in der deutschen Gewerkschaftsbewegung das Bestreben bemerkbar, gegenseitige Tarifverträge anzustreben. Bei einer schwachen Unternehmerorganisation ermangelt solcher Abschlüsse aber jegliche Gewähr der Einhaltung und ein ehrloser Unternehmer ist deshalb leicht in der Lage, sein Ehrenwort ohne Gefahr brechen zu können und sich den übernommenen Verpflichtungen zu entziehen. Untersteht aber der Arbeitsvertrag, der Mietvertrag u. s. w. dem gesetzlichen Schutze, warum soll es nicht auch der Tarifvertrag, der doch ebenfalls eine Abmachung zwischen zwei Kontrahenten ist? Oder ist der Arbeiter minder Rechts zu achten? Diese Lücke in der Gewerbeordnung, die sich allerdings erst in den letzten Jahren herausstellte, auszufüllen, muß deshalb als eine Forderung der Arbeiter betrachtet werden.

Vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes ist sodann ein längerer Antrag gestellt, der die Generalkommission beauftragen will, Erhebungen darüber anzustellen, wo neben der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung in staatlichen und privaten Betrieben noch Wohlfahrts-, Pensions-, Witwen- oder Waisenunterstützungskassen bestehen. Dies gesammelte Material soll dann dem Reichstage überreicht werden, mit dem Ersuchen, die vorhandenen Uebelstände zu beseitigen und zwar auf dem Wege der Gesetzgebung. Der Antrag hat vornehmlich ein Interesse für die Bergarbeiter, die bei ihren Knappschaftskassen oft durch Ausschluß aus denselben um jahrelang erworbenere Rechte kommen, er dürfte aber auch vielen anderen Arbeitern zu Gute kommen und deshalb wäre seine Annahme wohl empfehlenswert.

Zwei Anträge, von denen der eine ziemlich ausführlich ist, befassen sich mit der Maiseier. Beide bezwecken eine inopfantere Art der Feier durch Arbeitsruhe, die in all den Betrieben Platz greifen soll, in denen drei Fünftel der Beschäftigten sich dafür erklärt haben, die eventuell Gemäßregelten sollen von den Gewerkschaften ausreichend unterstützt werden, ferner sollen diese Maßregelungen nicht mit Forderungen von Seiten der Arbeiter beantwortet werden. Diese Anträge gehören in das Reich der Fabeln. Die Gewerkschaften werden keineswegs dafür zu haben sein, der Maiseier wegen so große Verpflichtungen sich aufzuerlegen und eine Arbeitsruhe erzwingen zu wollen. Der Beschluß des internationalen Kongresses wird auch fernerhin als maßgebend zu erachten sein.

Damit hätten wir alle wichtigen Punkte der Tagesordnung sowohl als wie auch die wichtigsten Anträge Revue passiren lassen. Die Mitglieder werden daran die Wichtigkeit des Kongresses ermessen können. Möge es den Delegirten gelingen, durch ihre Beschlüsse diesen Kongreß zu einem Markstein in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu machen.

Etwas über die Luxuspapierbranche in Dresden.

Wohl selten sind die Löhne in einer Branche in den letzten Jahren so zurückgegangen, wie in der Dresdener Luxuspapierbranche. Diese, ehemals die beste Branche, wird, wenn es so fortgeht, bald dahin kommen, wo Kotillon- und Kartomagenbranche schon gekommen sind. Die Arbeiter aber haben sich dies dann auf ihr eigenes Konto zu schreiben. Den Beweis hierfür zu bringen, daß die Arbeiter selbst die Schuld an dem Niedergang der Löhne in dieser Branche tragen, ist nicht schwer. Vor etwa 10 Jahren, als die Unternehmer sahen, daß in diesem Industriezweig noch etwas zu holen war, schlossen Luxuspapierfabriken wie Pilze aus der Erde. Die Folge davon war das Entstehen einer immer schmutziger werdenden Konkurrenz. Was nun für die Unternehmer selbstverständlich ist, geschah: Sie hielten sich an den Arbeitslöhnen schadlos, um im Wettlauf der Konkurrenz immer der Erste sein zu wollen. Anstatt daß nun die Arbeiter gleich im Anfang gegen die Abzüge energig Front machten, ließen sie diese ruhig über sich ergehen, nicht einsehend, daß beim Gelingen des ersten Versuchs von Seiten der Unternehmer neue folgen würden. Ja, man verheimlichte es vielfach sogar, daß die Preise gedrückt worden sind. So ging es lange Jahre. Für die Organisation hatten die Leute in ihrem Unverstand mehr oder weniger dumme Bemerkungen und Ausflüchte der nichtsagendsten Art, aber kein Interesse für deren erste Bestrebungen.

Durch Lohnabzüge besonders hervorgetreten in den letzten Wochen ist die Firma Paul Süß, A.-G., jezt in Mägeln unweit Dresden, die größte von den in Frage kommenden Fabriken am Orte; sie beschäftigt ca. 400 Personen. Diese Firma war früher die anständigste, das heißt sie machte den Kursturz in Löhnen nicht in der Weise mit wie die Konkurrenzfirmen. Wir verschweigen uns ja nun nicht, daß die allgemeine Krise nicht auf den Geschäftsgang der Firma Süß ungünstig einwirkt, glauben aber, daß die Herren Aktionäre der A.-G.

Zwei Welten.

Novelle von F. P. Jacobsen.

(Deutsch von Marie Herzfeld.)

Die Salzach ist kein munterer Fluß und an deren östlichem Ufer liegt ein Dörfchen, welches sehr traurig, sehr arm und sehr still ist.

Wie eine elende Schaar mißgestalteter Bettler, die das Wasser auf ihrem Wege hemmt und die nichts als Fergelohn zu geben haben, so stehen die Häuser hart am Uferpaum, drücken die gichtbrüchigen Schultern gegen einander und stoßern hoffnungslos mit ihren morschen Rückenpfeifen im graulichen Strome.

Aus dem Hintergrund der Laubengänge starren schwarze Fensterscheiben glanzlos unter der Braue des vorspringenden Schindeldachs hervor, starren mit einem schielenden Ausdrücke kummervollen Hasses nach den glücklicheren Häusern, die einzeln oder zu zweien oder in gemüthlichen Gruppen über die grüne Ebene zerstreut liegen und in der nebelig goldenen Ferne sich verlieren. Doch auf den armen Hütten liegt kein Glanz, dort brüht Düsterei und Schweigen, noch schwerer gemacht durch das Geräusch des Wassers, welches trägt und doch nie stille stehend vorüberfließt und auf seinem Wege so lebensmüde, so geistesabwesend vor sich himmurmelt...

Die Sonne war im Untergehen; schon begannen drüben die summenden Glaslaute der Grillen die Luft zu erfüllen und wurden hier und da von plötzlichen matten Windstößen herübergetragen, die in das dünne Weidengewächs des Flußpfaumes fuhren und daselbst erstarben.

Unten auf dem Wasser zog ein Boot daher.

In einem der letzten Häuser stand eine zarte, ausgezehnte Frauengestalt weit über die hölzernen Brüstung des Söllers gelehnt und schaute dem Boote nach. Sie beschattete mit ihrer fast durchsichtigen Hand ihre Augen; denn dort, wo der Kahn zog, lag golden der Schimmer der Sonne und glitzerte scharf auf den Wassern; es sah aus, als führe das Schiffelein auf einem Spiegel von Gold.

Durch das klare Falbdunkel leuchtete das wachsbliche Antlitz des Weibes, als trüge es Licht in sich selbst; deutlich und scharf war es zu sehen, wie die Schaumkämme auch in finsternen Nächten die Meereswogen weiß umkanten. Aengstlich spähten die hoffnungslosen Augen; ein seltsam schwachsinzig Nücheln lag um den müden Mund; aber die lothrechteten Falten ihrer runden, vorgewölbten Stirne breiteten über das ganze Antlitz doch einen Schatten von der Thatkraft der Verzweiflung.

Da begann es vom Kirchturm des Dörfleins zu läuten.

Sie wendete sich vom Sonnenschimmer weg und wiegte den Kopf hin und zurück, als wolle sie dem Glockenklang entgehen, und murmelte wie als Antwort auf die nicht enden wollenden Töne: „Warten kann ich nicht, warten kann ich nicht!“

Doch die Töne hörten nicht auf.

Wie gefoltert ging sie auf und ab; die Schatten der Verzweiflung waren noch tiefer geworden und sie athmete schwer, wie Jemand, den die Thränen drücken und der dennoch nicht weinen kann.

Seit langen, langen Jahren litt sie an schmerzvoller Krankheit, die niemals ihr Ruhe ließ, ob sie nun lag oder umherging. Sie hatte eine kluge Frau

um die andere besucht, sich von einer heiligen Quelle zur anderen geschleppt, doch immerfort ohne Nutzen. Zuletzt war sie mit der Septembervallfahrt in St. Bartholomä gewesen, und da hatte ein alter einäugiger Mann ihr den Rath ertheilt, sie sollte Edelweiß und welke Raute, brandige Maiskolben und Kirchsaffarven, eine ihrer Haarlocken und einen Splitter Sargholz zu einem Buschen binden; den sollte sie einem jungen Frauenzimmer, das frisch und gesund war und durch stehendes Wasser daherkam, nachwerfen; dann würde die Krankheit sie selbst verlassen und auf jene Andere übergehen.

Und nun barg sie den Buschen im Brusttuch und nun zog auf der Salzach ein Boot daher — das erste, seitdem sie die Zauberruthe fertig gebracht. Sie trat wieder an die Söllerbürstung; schon war das Boot so nahe, daß sie die fünf, sechs Passagiere an Bord zu sehen vermochte. Fremde, wie es schien. Im Steven der Bootsführer mit der Pflichtstange, am Steuer eine Dame, welche steuerte, und neben ihr ein Mann, welcher Licht gab, daß sie den Wink des Bootsführers befolgte; die Uebrigen saßen mitten im Boote.

Die Kranke beugte sich weit vor; jeder Zug in ihrem Antlitz war gespannt und lauernd; die Hand steckte in ihrem Brusttuche. Ihre Schläfen klopfen; kaum athmete sie und mit weit geöffneten Nüstern, mit gewütheten Wangen, mit aufgesprungenen starren Augen erwartete sie des Bootes Nahen.

Schon vernahm man die Stimmen der Reisenden, bald deutlich, bald nur wie gedämpfte Murren. „Glück!“ sagte einer von ihnen, „ist ein absolut heidnischer Begriff. Sie finden das Wort nicht an einer einzigen Stelle des Neuen Testaments.“

P. Süß, die (nach dem Ausspruch des unten gezeichneten Profuristen) „nur kommen und die Hand aufhalten, wenn das Jahr um ist“, mit ein paar weniger Prozenten wie 12 auskommen könnten. Das scheint wohl aber nicht möglich zu sein, denn sonst hätte man die Akkordlöhne in den meisten Abteilungen nicht um 20 bis 30 Prozent und mehr gekürzt.

Wenn man die Lohnreduzierungen bei Süß erwähnt, kann man es unmöglich unterlassen, dem Herrn Geschäftsführer Kallenbach einige Worte zu widmen, noch zumal, wenn man bestimmt annehmen kann, daß er zum Mindesten an den hohen Abzügen die Schuld trägt, wenn er nicht gar der Urheber dazu gewesen ist. Dieser Herr ist erst zwei Jahre in dem Geschäft, trotzdem aber unumschränkter Nachthaber. Seinen Nerven scheint es besonders gut zu thun, alle Untergebenen bei jeder Gelegenheit fühlen zu lassen, daß er Herr im Hause ist. Ein Streber durch und durch, ist er bei den letzten Lohnabzügen mit einer Schneidigkeit und — Offenheit aufgetreten, die jeder Beschreibung spottet. Von den vielen zur Verfügung stehenden Beweisen sei nur einer angeführt. Ein Arbeiter, der sich schon zehn Jahre für die Firma abgerackert hat, erhebt Einspruch gegen ganz ohne Sinn und Verstand vorgenommene Abzüge. Mit einem Zynismus, über den nur Herr K. versigt, antwortet dieser ohne Weiteres: Wenn Sie für die Preise nicht arbeiten wollen, ist es in vierzehn Tagen alle! Wenn es nun nicht so gekommen ist, wie es dieser Arbeiterfreund zu wünschen schien, so liegt es zuletzt nicht an ihm. Doch nicht dieser allein erstreut sich einer besonderen Hochachtung beim Personal. Im Garten der Firma Süß giebt es noch Weiden, die da glauben im Verborgenen zu blühen. Eines wollen wir noch pflücken. Da ist zum Beispiel ein „Wertmeister“ ausgerüstet mit besonders viel technischen Kenntnissen (man munkelte auch, er habe sich feinerzeit um den Posten eines sächsischen Kriegsministers beworben). Den Namen dieses ehrlichen Mannes wollen wir nicht nennen, er könnte bei der Geschäftsleitung Reklame für sich machen und auf Zulage reflektieren. Zu den Lieblingsspassionen dieses „Wertmeisters“ gehört es, sich als Vertreter von Arbeiterinteressen aufzuspielen, besonders gern dann, wenn er einem Arbeiter hinterwärts das Genick gebrochen, oder wie man sich zärtlicher ausdrückt „geschmüßt“ hat. Selbst seine Werksführerkollegen spinnen mit ihm aus bestimmten Gründen keinen guten Faden.

Wenn nun auch auf den Tabellen, welche die neuen Akkordpreise enthielten, versichert wurde, die Wochenlöhne bleiben die alten, so sind sich die Arbeiter der Firma doch klar, daß man diese vor-

läufig indirekt drückt. Während früher Arbeiterinnen nicht unter 7 Mk. eingestellt wurden, geschieht dies jetzt nicht über 5 Mk., auch nur 4 Mk. werden gezahlt; ja es sollen in letzter Zeit sogar Mädchen mit 3 Mk. (!) Wochenlohn beschäftigt sein. Es ist jedenfalls sehr zu beklagen, wenn Eltern ihre Kinder für einen buchstäblichen Hungerlohn in diese Fabriken schicken und dadurch die Arbeiterchaft einer ganzen Branche und indirekt sich selbst schädigen.

Doch auch männliche Arbeitskräfte werden weit unter den bis unlängst gezahlten Löhnen eingestellt. Ferner sei noch erwähnt, daß auch die Lehrlingszuchterei Einzug bei der Firma Süß gehalten hat. Auf diese Weise bringt man die 60 000 Mk. wieder heraus, die im vorigen Jahre bei angeblich gleichem Umsatz mehr an Löhnen gezahlt sein sollen. Daß dem so ist, bezweifelt Niemand. Herr Kallenbach hat's ja gesagt, wenn auch ohne Angabe der näheren Umstände.

Doch nicht die Arbeiter der Firma Süß allein haben Ursache, auf dem Posten zu sein. In allen anderen Betrieben sind die Löhne ebenfalls bis zum Äußersten gedrückt. Besonders eine Reihe kleinerer Firmen zahlt Löhne, die kaum wiederzugeben sind. Man kann thatsächlich die Langmuth der Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Berufs nicht begreifen. Bedauerlich ist es, daß die Kollegen über Lohnabzüge und Mißstände nicht berichten. Noch bedauerlicher aber, daß es immer noch Betriebe giebt, wo sehr wenig Berufsangehörige der Organisation angehören. Darüber sollten wir uns doch klar sein, daß man auch in den wirtschaftlich ungünstigsten Zeiten den Arbeitern nicht den zehnten Theil von dem zu bieten wagte, was man ihnen in den letzten Jahren geboten hat, wenn sie in größerer Anzahl der Gewerkschaftsorganisation angehörten.

Es hat wohl nie eine günstigere Zeit zur Agitation für den Verband gegeben wie die jetzige. Die Gelegenheit auszunützen, soll unsere Aufgabe sein. Jeder Kollege, jede Kollegin ist dazu berufen, Mitglied zu werden. Zeige Jeder nur einen kleinen Theil Ernst und Eifer für den Verband und es wird uns endlich gelingen, die Gleichgültigkeit, die noch in vielen unserer Berufsangehörigen steckt, zu beseitigen.

Besonders an die Kolleginnen sei die ernste Mahnung gerichtet: Geht mit Euren Kollegen Hand in Hand! Laßt widerlichen Klatsch und Zwist bei Seite! Ihr werdet stets auf die Unterstützung Eurer Arbeitsbrüder rechnen können, sobald Ihr zeigt, daß Ihr mit ihnen in einer Reihe stehen wollt. Daß diese Unterstützung nothwendig ist, sollten Euch die letzten Vorgänge beweisen haben.

Und Ihr, Kollegen, die Ihr zuerst dazu berufen seid, den guten Geist, der jetzt nach langem Indifferentismus anfängt zu erwachen, beweist, daß bei Euch kein Strohflecken aufgeflackert hat, als Ihr eingesehen habt, daß nur die Organisation, nur der Deutsche Buchbinderverband unsere Berufsinteressen schützt und fördert. Liest unsere Zeitung aufmerksam, besucht möglichst oft unsere Versammlungen! Haben wir alle diese Ratsschläge beherzigt und handeln wir darnach, so werden wir fernere Angriffe nicht nur lachend zurückweisen, sondern zu gegebener Zeit auch Forderungen erheben können. — ch.

Güben und Drüben.

Wie sich unser Verhältniß zum Portefeullerverband für die Zukunft gestalten wird, liegt heute, wo wir diese Zeilen schreiben, noch im Schoße der Verborgenheit. Erst die Urabstimmung, in der wir uns ja nun bereits schon befinden, wird die Zweifel, die Güben und Drüben darüber bestehen, beheben und dokumentieren, ob die angestrebte Waffenbrüderschaft zwischen beiden Organisationen eingeführt werden soll. Die Beschlüsse der Frankfurter Einigungskonferenz und ihre gedachte Umsehung in die Praxis ist Güben wie Drüben von so vielen Gesichtswinkeln aus betrachtet und erörtert worden, daß dadurch und durch den vom Portefeullerverband in der Urabstimmung angenommenen Antrag, der besagt, daß das abgeänderte Statut bei ihnen erst dann in Kraft tritt, wenn auch das unfrige die gewünschte Aenderung im Sinne des Frankfurter Memorandums erfahren hat, die geschaffene Situation sich gerade keiner besonderen Klarheit erfreut. Wenn es daher Güben wie Drüben gestattet sein sollte, so erlauben wir uns nunmehr auch einige Aeußerungen zu dem vorhandenen Konglomerat.

Zwar ist schon seit längerer Zeit in der „Portefeullerzeitung“ von der „Haltung“ und von der „Stellungnahme“ der Buchbinderzeitung die Rede. Wir müssen aber demgegenüber feststellen, daß das, was Jedermann gemeinhin unter Stellungnahme einer Zeitung zu irgend einer Sache versteht, bisher von uns in dieser Frage noch nicht geschehen ist. Dem die Aeußerungen einiger Verbandsmitglieder, die in unserer Zeitung zum Ausbruch gekommen sind, und die Ansichten der Zahlstellen, die in Resolutionen und Versammlungsberichten offenbart worden sind, können füglich nicht als Meinung oder Stellungnahme der Redaktion, also damit der Zeitung, gelten, wie wir es denn überhaupt freundlichst ablehnen müssen — nicht nur in dieser Sache, sondern auch in mancher anderen —, die Berant-

„Aber Seligkeit?“ wendete ein Anderer fragend ein.

„Hören Sie, mein Lieber,“ sagte nun Jemand, „obgleich es das Ideal eines Gespräches ist, den Gegenstand desselben allmählig zu verlassen, so dünkt mir doch, daß wir lieber zum Ausgangspunkt desselben zurückkehren sollten.“

„Allerdings, die Griechen . . .“
 „Und die Phöniciere vor ihnen?“
 „Was weißt Du von den Phöniciern?“
 „Nichts; aber weshalb soll man immer die Phöniciere übergehen?“

Der Kahn befand sich nun gerade unter dem Hause und in diesem Moment zündete Jemand an Bord seine Zigarette an. Das Licht flackerte ein paar mal kurz auf und fiel auf die Dame beim Steuer, und im röhlichen Scheine sah man ein jugendliches frisches Mädchen Gesicht mit einem glücklichen Lächeln auf den halb offenen Lippen und einem träumerischen Ausdruck in den hellen Augen, die zum Dunkel des Himmels emporsehnen.

Der Lichtstrahl erlosch; ein kurzes Plätschern, als ob Jemand etwas ins Wasser wüfste und das Boot trieb vorbei.

Es war etwa ein Jahr später. Die Sonne sank zwischen Bänken schwerer, dunkelglühender Wolken, welche blutrothen Schein auf das geschwärzte Wasser des Flusses warfen. Ein frischer Wind strich über die Ebene; kein Grillengezirp, nur das Rauschen des Flusses und das Wispern im zitternden Schilfrohraume. Von ferne brachte die Strömung ein Boot mit herunter. Jenes Weib vom Söllerstand unten am Ufer.

Als sie damals ihr Hexenreis nach dem Mädchen geworfen, war sie ohnmächtig droben zu Boden gesunken. Die Gemüthsbewegung und vielleicht auch ein neuer Armenarzt, der in die Gegend gekommen, hatten dann auf ihren Zustand vortheilhaft eingewirkt; nach einer harten Zwischenzeit begann sie sich zu erholen und nach ein paar Monaten war sie ganz genesen. Im Anfang war sie ganz beaufacht vom Gefühl der Gesundheit; doch es wahrte nicht lange und sie wurde niedergedrückt und bekümmert, ruhelos, verzweifelt; denn überallhin verfolgte sie das Bild des jungen Mädchens im Boote. Erst kam es heran an sie, jung und blühend, wie sie es gesehen; es kniete ihr zu Füßen nieder und blickte stehend auf zu ihr; später wurde es unsichtbar; aber sie wußte doch, wo es war und daß es da war; denn sie sah es daliegen und hörte es leise jammern, bei Tag in ihrem Bett, bei Nacht in einem Winkel ihres Zimmers. In letzter Zeit aber war es wieder stumm und sichtbar geworden; es saß vor ihr, bleich und ausgezehrt und stierte sie mit unnatürlich großen, seltsamen Augen an.

Nun stand sie am Ufer; sie hielt einen Spahn in der Hand und zog unaufhörlich Kreuz an Kreuz in den weichen Schlamm; manchemal hob sie den Kopf, laufte und zeichnete dann weiter.

Da begann das Aveläuten. Sorgfältig vollendete sie ihr Kreuz, legte den Spahn von sich, kniete nieder und betete. Dann ging sie in den Fluß hinein, so weit sie konnte, faltete die Hände und legte sich ins grauschwarze Wasser. Und das Wasser nahm sie, und zog sie in die Tiefe und floß weiter wie allezeit, schwer

und traurig, am Dorfe vorbei, an den Feldern vorüber — fort.

Nun war das Schifflein ganz herangekommen, es trug jene jungen Leute an Bord, die sich damals beim Steuern geholfen und die nun auf ihrer Hochzeitsreise waren. Er saß beim Ruder, sie stand ausgerichtet mitten im Boote, in einen großen grauen Shawl gehüllt und eine rothe kleine Kapuze auf dem Kopf. . . stand da, lehnte sich gegen den kurzen, segellosen Mast und summte leise vor sich hin.

Sie trieben gerade unten beim Hause vorbei. Sie nickte vergnügt dem Steuermann zu, schaute zum Himmel empor und begann zu singen. Sie sang, an den Mast gelehnt, indem ihre Blicke den ziehenden Wolken folgten:

Ihr Wille so fest,
 Sprech, ist sicher mein Nest?
 Schützen Graben und Mauer
 Vor Sorge und Trauer,
 Umfriedet ihr wehrhaft die Burg meines Glücks?
 Erblick' ich nicht hinter dem lustigen Bau
 Der sonnwrothen Wolken schon dämm'riges Grau?
 Ich sehe Gestalten
 Dort schemenhaft walten;
 Es schweben und schwanken
 Landflücht'ge Gedanken
 Aus Schmerzvoll vergangenen Zeiten herbei.

Seid willkommen ihr Schatten gewesener Schmerzen,
 Weilt bei mir zu Gast, zunächst meinem Herzen,
 Und bringt mir aus güldenblauem Pokal
 In des Glückes reichem Strahlenhaal
 Ein Hoch auf das Glück, so lang Traum es noch ist,
 Auf das Glück, welches möglicher Täuschung vergißt —
 Auf Traumesglück stoßt mit mir an!“

wortlichkeit für die in den Versammlungsberichten wiedergegebenen Äußerungen auch noch auf unser Sündenkonto zu übernehmen, ohne damit allerdings sagen zu wollen, als geschehen ungeheuerliche Dinge innerhalb unseres Verbandes, die kein Mensch verantworten könnte. Aber jedenfalls kann nicht jeder darin enthaltene Ausdruck auf unserer Meinung gestempelt werden. Diese kurze Auseinandersetzung nur, weil nach dem Lesen nur der „Portefeuillezeitung“ der Anschein erweckt werden könnte, als hätten wir mit der Sache fortwährend herumgezerrt. Nein, wir sind fein artig und still gewesen! Und wir haben Anderen das Feld überlassen, um eine Klärung der Verhältnisse zu ermöglichen. Nicht, daß es uns an Sachkenntnis in dieser strittigen Frage fehlte, oder aber, daß die in diesem Falle eingeschlagene Taktik als Richtschnur für uns auch für die Zukunft gelten soll, sondern es schien uns angebrachter, wenn wir unseren Mitgliedern selbst hierin den Vortritt ließen, um das Wort zu nehmen. Das ist denn auch in reichlichem Maße geschehen und zwar zum Theil von so beachtenswerthen Gesichtspunkten aus, daß es vorderhand als überflüssig erscheinen konnte, dazu ebenfalls noch zu schreiben. Aber eine Klärung der Situation, eine bestimmte Richtschnur für das Verhalten unserer Mitglieder zu dieser strittigen Sache ist in keinem Falle erfolgt, so viel und so oft auch in Versammlungen darüber diskutiert wurde, es wurde nach Anhören beider gegentheiligen Ansichten, eine, die für die weitere Aufnahme der Portefeuille in unserem Verband plaidierte, die andere, die eine Abgrenzung für beide Organisationen verlangte, immer jedem einzelnen Mitglied, anheim gestellt, in der Urabstimmung nun zu stimmen, wie es daselbe für gut hält. Gewiß, das soll ja auch durch die demokratische Einrichtung der Urabstimmung Jedem möglich sein und wir selbst wollen auch nach irgend einer Seite hin keine Beeinflussung der Mitglieder vollführen, aber wir wollen auch in diesem Falle von unserer alten Gepflogenheit nicht abweichen und mit unserer Ansicht nicht hinter dem Berge halten, sondern unsere Stellung zu der etwas heiklen und verzwickten Angelegenheit kund thun. Das ist zwar ein etwas gefährliches Beginnen, denn da wir uns doch nur auf eine Seite stellen können, werden wir uns auf der andern damit keine Freunde erwerben — aber das kann uns natürlich nicht hindern, es dennoch zu thun.

Von Seiten unseres Verbandes sind unzweifelhaft die gewichtigsten Einwendungen gegen die Frankfurter Beschlüsse von einigen bayerischen Zahlstellen, und unter diesen namentlich von Erlangen, gemacht worden. Die Eigenart der dort bestehenden Fabrikation, die den Unterschied zwischen Portefeuille und Buchbinder fast völlig verwischt, ist vielleicht nur noch in wenigen Orten in dem Maße anzutreffen, aber sicher stehen diese Fälle nicht vereinzelt da, und der von dort angeführte Grund, daß die faulen Zahler sich dann beruflich zu dem Verbandsentscheiden werden, der die niedrigsten Beiträge verlangt und dadurch der Portefeuilleverband die Rolle einer Konkurrenzorganisation übernehmen würde, kann bis zu einem gewissen Grade als stichhaltig gegen die Abmachungen sich zu wenden, nicht von der Hand gewiesen werden. Dazu kommt weiter, daß dann das unglückselige Verhältniß eintreten würde, daß die Ungelehrten, soweit sie sich als Portefeuille ausgeben, dem Portefeuilleverband überwiesen würden, während die im gleichen Geschäft stehenden älteren Kollegen noch dem unfrigen angehören. Zudem verspüren begreiflicher Weise auch viele ältere Kollegen gar keine Lust, sich den neuen Heilslehren zuzuwenden, da sie sich bei dem alten Stand der Dinge, das heißt bei der Zugehörigkeit zum Buchbinderverband, den Verhältnissen nach ganz wohl fühlen. Sie sind dadurch nicht allein gegen manche Unbill des Lebens geschützt — und die Abrechnungen des „P.-B.“ zeigen z. B., daß die Portefeuille keineswegs von der Arbeitslosigkeit verschont bleiben, wie man früher so oft und so gern annahm, und somit eine Unterstützung des Verbandes ihnen sehr zu Statten käme —, sondern sie haben auch nach schweren Mühen und Arbeiten eine Verbesserung ihrer Lebenslage erreicht. So bestehen z. B. in Nürnberg ganz akzeptable Vereinbarungen zwischen den Portefeuille-Fabrikanten und den Arbeitern, die natürlich nur durch die Organisation möglich waren, ähnlich in Erlangen. Beide

Städte widerlegen aber auch, durch die Gewinnung der Portefeuille für den Buchbinderverband, die alte, fadenscheinige Behauptung, daß den Portefeullern wegen ihres niedrigen Lohnes die Zahlung der hohen Beiträge bei uns unmöglich sei. In Erlangen herrschen gewiß hohe Löhne und doch haben die dortigen Mitglieder, soweit sie Portefeuller sind, nach der Erhöhung der Beiträge unserem Verband nicht den Rücken gekehrt. Daß es unter solchen Umständen unseren dort in der Organisation thätigen Kollegen besonders schmerzhaft ist, all diese jahrelange, mühselige Arbeit vernichtet zu sehen, kann nur für Jedermann begreiflich sein.

Aber bei näherer Betrachtung der Sachlage ist es in dem Falle, daß beiden Verbänden in der Agitation freie Hand gelassen wird, nach unserer Ansicht, durchaus nicht im Interesse Derjenigen gelegen, die das Memorandum verwerfen. Denn dem faulen Zahler ist ja auch dann erst recht die Möglichkeit gegeben, sich dem „P.-B.“ zuzuwenden, wenn seine Berufsart nicht unzugewisselhaft feststeht und es ihm somit freisteht, sich einem von beiden Verbänden anzuschließen, der ihm zusagt. Diese Möglichkeit wird ihm aber genommen, wenn er unserem oder dem Portefeuilleverband zugewiesen wird; und zu entscheiden muß doch schließlich sein, ob Jemand in seiner Thätigkeit als Buchbinder oder Portefeuille zu rechnen ist. Also gefest den Fall, es lernt heute Jemand aus, so werden, wenn seine Berufsart nicht unzweifelhaft feststeht und beide Verbände Portefeuller aufnehmen dürfen, beide um ihn als Mitglied werden. Ist er ein Freund der niedrigen Beiträge, so wendet er sich dem Portefeullerverband zu. Ist aber die Abgrenzung nach dem Memorandum vorgenommen, so kann entschieden werden, daß er seiner Berufsart nach als Buchbinder zu rechnen ist und somit im Portefeullerverband gar nicht aufgenommen werden darf.

Wir glauben mit dieser kurzen Darlegung gezeigt zu haben, daß der von der Seite angestrebte Zustand der Streitigkeiten durchaus nicht aus der Welt schafft, sondern sie erst vermehrt, ganz abgesehen davon, daß durch seine Halbheit die gegenseitige Mitgliederabjagerei erst in Blüthe käme.

Ueberschauen wir die Situation so und stellen uns auf diesen Standpunkt, so muß allerdings die Konsequenz davon die sein, daß in der Urabstimmung für eine Aenderung unseres Statuts, daß unser Verband für die Zukunft keine Portefeuller mehr aufnehmen darf, zu stimmen ist. Sich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, mag für viele unserer Mitglieder sehr unangenehm sein, und dem „P.-B.“ das Feld zu überlassen, das sie in jahrelangem Mühen beackert haben, aber wie die Verhältnisse einmal liegen, wird eine Lösung der Frage nicht anders möglich sein. Neben dem „P.-B.“ kann unsere Organisation jetzt nicht auf nennenswerthe Erfolge bei der Agitation unter den Portefeullern rechnen, unser Mühen nach dieser Richtung würde vergeblich sein. Sind doch die besten Ansätze zur Organisation der Portefeuller, so in Berlin, wo in den letzten Jahren 500 bis 600 derselben unserem Verband angehörten — ein durchaus respektablem Prozentsatz zu den im Beruf Thätigen —, mit rauher Hand zerstört worden. Ob sich die von unserem Verband abgewandten Mitglieder bei diesem Tausche besser stehen, mag bei der jetzt geschaffenen Situation unerörtert bleiben.

Damit haben wir in Kürze unsere Ansicht dargelegt, mögen die Mitglieder nun nach ihrem Ermessen entscheiden. Für unseren Verband wäre es gewiß sehr wünschenswerth, wenn in dieser vielbewegten Frage ein endgiltiger Abschluß erzielt wird, damit Ruhe und Frieden wieder ihre Stätte bei uns finden. — Ob drüben, beim Portefeullerverband, trotz der wiederholten Liebesbetreibungen, es nach Möglichkeit vermieden werden ist, unnötige Reibereien, wenigstens zur Zeit der Urabstimmung zu vermeiden, möge heute unerörtert bleiben. Der Umstand, nicht das Odium auf uns zu laden, als hätten wir die Urabstimmung durch Weiterführung des Streites beeinflusst, verbietet es uns, heute auf einige Äußerungen seines Organs einzugehen. Wir werden es uns aber vorbehalten müssen, eventuell bei Gelegenheit eine Exkursion in das Gebiet der schiefen Darstellungen machen zu müssen.

Zur Staffelbeitragsfrage.

Schon zu wiederholten Malen ist in unserem Verband eine Diskussion über die eventuelle Einführung von Staffelbeiträgen gepflogen worden, aber noch niemals hat wohl dieselbe eine so lebhafteste Aussprache herbeigeführt, wie in diesem Jahre. Aus den bereits stattgefundenen Debatten darüber darf man wohl schließen, daß sich die Anzahl der dieser Idee immer mehr erweicht. Prinzipielle Gegner finden wir wenige darunter; denn Viele sind nur deshalb Gegner der Staffelbeiträge, weil ihnen noch zu wenig bestimmte und annehmbare Vorschläge zur Durchführung derselben gemacht worden sind. Mit Ausnahme des Vorschlages von Kollege Liebernickel in Dresden, in Nr. 11 unseres Blattes, sind leider noch keine bestimmten Vorschläge gemacht worden. Diesen aber halte auch ich für ganz unannehmbar und zwar deshalb, weil derselbe die für einen Versuch viel zu weitgehende Klassifizierung der Beitragshöhen vorgesehen hat, insbesondere aber noch wegen der gleichzeitigen ganz beträchtlichen Erhöhung der Unterstützungssätze, die unsere Kasse zu sehr belasten würden.

Da ich jedoch ebenfalls ein Freund der Staffelbeiträge bin, so sei es mir gestattet, etwas näher auf diese Frage einzugehen und meinen Plan zur Diskussion zu stellen. Ich hoffe, daß sich die Debatte in den Zahlstellen noch recht lebhaft über die Beitragsfrage gestaltet, damit die Meinungen bis zu unserem nächsten Verbandstage, welcher sich dann wohl eingehender mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird, geklärt sind.

Eine Urabstimmung deshalb schon jetzt stattfinden zu lassen, halte ich weder für nöthig noch für richtig. Ersteres aus dem Grunde, weil wir wahrscheinlich in nicht allzuferner Zeit wieder einen Verbandstag werden abhalten müssen, der sich dann besser mit der Frage beschäftigen kann; letzteres aber aus dem Grunde, weil der Antrag auf Einführung von Staffelbeiträgen bei einer eventuellen Urabstimmung doch einfach unter den Tisch fallen würde; denn die egoistische Majorität, die nach der Vorlage nach wie vor 35 Pf. zahlen müßte, würde deshalb in den wenigsten Fällen bloß um ihrer wirtschaftlich schlechter gestellten Kollegen willen dafür eintreten. Ueberhaupt wäre es wünschenswerth, daß wir Kollegen in den Großstädten bei Erörterung der Staffelbeitragsfrage uns nicht auf hohe Maß setzen und unseren Kollegen, denen diese Einrichtung zu gute käme, weil sie in ganz bedeutender Minorität sich befinden, einfach diktieren: „Ihr könnt, wenn Ihr wollt und darum müßt Ihr ebenfalls die gleichen Beiträge bezahlen!“ Wir sollten lieber versuchen, uns hineinzuversetzen in die Lage der Kollegen, welche mit einem Wochenlohn, welcher um 6 bis 10 Mark und noch mehr pro Woche hinter dem unfrigen zurücksteht, auskommen müssen. Ehe wir uns mit der Form der eventuellen Einführung von Staffelbeiträgen befassen, müssen wir uns zunächst darüber klar sein, ob die Einführung derselben nöthig ist und einen Vortheil sowohl für unseren Verband als auch für die Mitglieder bedeuten würde.

Wenn wir von unseren agitatorisch thätigen Kollegen verhältnißmäßig oft dieselben Klagen hören, daß es ihnen in vielen Fällen unmöglich sei, mit den hohen Beiträgen unter den Berufsangehörigen erfolgreich zu agitieren und die Mitglieder auf die Dauer halten zu können, so sollten wir doch endlich einmal ernstlich in Erwägung ziehen, ob es nicht doch besser sei, jenem Verlangen nach Einführung von geringeren Beiträgen für niedriger entlohnte Berufsangehörige nachzugeben und wenigstens einen Versuch mit der Einführung des Staffelbeitrages zu machen; denn Jeder, der die Verhältnisse unserer Berufsangehörigen beispielsweise in den deshalb mit Recht verrufenen östlichen Provinzen des Deutschen Reiches, vom Culengebirge bis hinauf zur Ostsee, aus eigener Anschauung einmal kennen zu lernen Gelegenheit hatte, wird zugeben müssen, daß sie den in Nummer 5 unseres Blattes vom Kollegen ek in Hannover geschilderten Verhältnissen um nichts nachgeben, sondern diese, allen gerechten, menschlichen Forderungen hohnsprechende Verhältnisse noch an Glend überbieten. Es ist deshalb ein unbilliges Verlangen, wenn man von diesen Kollegen fordert, von ihren meistens nicht zum allerdürftigsten Lebensunterhalt hinreichenden Löhnen dieselben Beiträge zu entrichten, wie unsere Kollegen

in größeren Orten bei einem Minimallohn von 18 bis 24 Mk. und noch mehr bezahlen und gebe ich deshalb auch Kollegen gk vollkommen Recht, wenn er meint, daß schon ein ziemlich großes Stück Idealismus dazu gehört, von ihrem weit unter dem Minimum des zur Existenz notwendigen Lohnes auch noch einen für sie immerhin erheblichen Theil deselben „auf dem Altare der Organisation zu opfern“. Von solchen Leuten aber, die so mit Noth und Entbehrungen zu kämpfen haben, kann man schlechterdings auch keinen großen Idealismus verlangen; denn wir wissen ja, daß derselbe unter solch drückenden Verhältnissen nur zu leicht unterdrückt wird. Ueberlegen wir aber doch einmal, ob nicht diese Kollegen in den kleinen und kleinsten Orten gegenüber den in den großen Städten lebenden nicht schon in mehrfacher Beziehung im Vortheil sind. Mit Ausnahme der jüngeren Kollegen, welche vielleicht noch auf die Walze gehen und hierbei mehr von der Organisation profitieren können, wird den älteren, am Orte ziemlich festhängenden Kollegen, sehr wenig in unserer Organisation geboten und ihnen können wir — vielleicht mit Ausnahme einer neuen Unterstützungseinrichtung, z. B. Sterbegelder — auch auf voraussichtlich längere Zeit hin, keine größeren Vortheile bringen, wenn es uns nicht gelingt, in diesen Orten festeren Fuß zu fassen, das heißt, mehr Mitglieder zu gewinnen, um dann gelegentlich durch vereintes Vorgehen auch ihnen bessere Arbeitsbedingungen zu erringen und ihnen auf diese Weise den eigentlichen Zweck und Werth der Organisation vor Augen zu führen. Dies können wir aber wesentlich leichter erreichen, wenn wir einen ihren Löhnen entsprechenden Beitragsfuß erheben. So lange die Löhne unserer Berufsangehörigen noch in solch enormer Weise in den verschiedenen Städten differiren, halte ich auch eine gleiche Beitragshöhe für Alle für eine Ungerechtigkeit. Haben wir erst einmal einigermaßen gleiche Lohnverhältnisse in allen Orten geschaffen, so wird man mich mit bei den Ersten finden, welche für gleiche Beitragssätze eintreten.

Ich bin nun aber weit entfernt, daran zu glauben, daß nach der eventuellen Einführung derselben die betreffenden Indifferenten gleich in Schaaren werden gelaufen kommen, um sich bei uns anzuschließen zu lassen. Ich meine nur, daß man damit ihnen eher die Möglichkeit geben würde, sich uns anzuschließen und sie deshalb auch leichter zu haben und zu erhalten wären.

Wir wollen aber nicht bloß unsern so überaus weit in den Arbeitsverhältnissen zurückstehenden Kollegen helfen, sondern wir müssen es thun. Müssen es, schon in unserem eigensten Interesse; denn wenn wir uns nicht energisch dahinter setzen, auch in jenen Orten für unsere Berufsangehörigen bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen, dann würden wir es nur zu bald erfahren, daß uns bei irgend einer Gelegenheit jene wirtschaftlich so schlecht gestellten Kollegen als Lohndrücker in den Rücken fallen und uns den Kampf um bessere Existenzbedingungen erschweren, welche Klagen ja auch jetzt schon hin und wieder laut geworden sind. Wir würden sie dann aber kalt und unbarmherzig als Verräther an uns und unserer Sache von uns stoßen, sie, die oft nur aus Unkenntniß und bitterster Noth so handeln und viel eher unser Mitleid als unsere Haß und Verachtung verdient hätten. Wir müssen deshalb in Zukunft unser Augenmerk mehr auf die mittleren und kleinen Orte wenden. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß wir einige Städte bisher bevorzugt hätten. Das liegt mir ferne; denn es ist wohl ganz natürlich, daß wir am ersten in den Orten und Branchen versuchten die Verhältnisse zu bessern, wo wir die meiste Aussicht auf Erfolg hatten. Ebenso soll auch gar nicht verkannt werden, daß auch in manchen kleineren Orten bessere Arbeitsbedingungen durch unsere Organisation errungen oder schlechtere verhütet wurden.

Um aber erfolgreich in jenen Orten operiren zu können, gebrauchen wir eine möglichst große Mitgliederzahl; denn auch die bestgefüllteste Klasse nützt uns nichts, wenn wir nicht eine kampfbereite Menge auf dem Felde haben. Diese gewinnen wir aber leichter durch nicht zu hohe Beiträge.

Der Einwand, daß die so schlecht gestellten Kollegen auch mit niedrigen Beiträgen nicht zu haben sein werden und es ihnen deshalb nur an dem guten Willen fehlt, die 35 Pf. zu zahlen, sündmalen ja

unsere größte Zahlstelle uns das erhebende Schauspiel geboten hat, daß sie nach der letzten Lohnbewegung, der sie eine Lohnerhöhung von 3,30 Mk. pro Woche zu verdanken hatten, murkten, weil sie eine Zeit lang 10 Pf. pro Woche mehr zahlen sollten, um die Brezche, die diese Lohnbewegung in unsere Kasse geschlagen hatte, wieder zu schließen und nachdem dieser Extrabeitrag gefallen war, ihr Opfermuth so weit ging, einen freiwilligen „Extrabeitrag“ von sage und schreibe 2/3 Pf. pro Woche zu erheben und lehtin einen Antrag auf Erhöhung deselben um 3 Pf. erst gar nicht zur Debatte stellten, der Einwand kann doch wohl wenig dabei in Betracht kommen. Jene können nicht, Diese wollen nicht einen höheren Beitrag bezahlen, das ist ein großer Unterschied. Denn ich muß gestehen, daß ich niemals den Muth finden würde, Jenen mit Wochenlöhnen von 14, 13, 12 Mk. und noch weniger zu sagen: Ihr könnt den Beitrag zahlen, wenn Ihr nur wollt. Wenn einige unserer Mitglieder in den kleineren Orten sich selbst für höhere Beiträge ausgesprochen haben, so beweist das noch lange nicht, daß die anderen diesen Beitrag auch zahlen können; denn diese Wenigen sind fast ausschließlich Fremde, an den Ort Zugereifte, welche den Werth der Organisation schon in anderen Orten genügend kennen gelernt haben. Ferner haben diese Wenigen, gestützt auf den Rückhalt, den sie an der Organisation haben, gleich beim Antritt ihrer Stellen einen Lohn verlangt und auch erhalten, dessen sich die meisten Einheimischen, die meist für jeden Lohn arbeiten, nicht erfreuen können.

Ebenso ist der Einwand, daß diese Kollegen auch mit niedrigen Beiträgen nicht zu haben sind, da der Lokalverein in Buchholz mit 15 Pf. Wochenbeitrag nie lebensfähig geworden ist und dem Lokalverein in Annaberg es ebenso geht, noch weniger stichhaltig; denn es ist nur zu selbstverständlich, daß ein Lokalverein in solchen Orten überhaupt wenig, bei solchen Beiträgen, die er gezwungen war zu erheben, gar nichts bieten konnte. Daß aber unsere Verbandsfunktionäre etwa mehr Arbeit durch die Einführung der Staffelbeiträge haben könnten, kann doch ganz und gar nicht gegen die Einführung derselben in Betracht kommen. Dies Bedenken muß ohne weiteres zurücktreten, wenn wir einmal erst zu der Erkenntniß gekommen sind, daß die Einführung der Staffelbeiträge ein Vortheil für uns bedeuten würde. Zudem haben unsere Herren Kassirer ja schon zu wiederholten Malen mit zwei resp. viererlei (mit weiblichen) Mitgliedsarten zu rechnen gehabt und sind auch ganz gut fertig geworden. Ich bin deshalb aus allen diesen Gründen der Ueberzeugung, daß wir dem berechtigten Verlangen unserer minder entlohten Kollegen nachkommen müssen und mit der Einführung der Staffelbeiträge einen Versuch machen sollten. Es würde dies keinen Rückschritt, sondern einen Schritt vorwärts für unsere Organisation bedeuten.

Wir können aber um so eher zu der Einführung von Staffelbeiträgen uns verstehen, da dieselben in sehr vielen anderen Gewerkschaften sich bewährt haben; denn von den 58 Gewerkschaften, welche der Generalkommission angeschlossen sind, haben nicht weniger als 11, also 19 Prozent derselben, Staffelbeiträge bei sich eingeführt, welche bei einigen ganz beträchtliche Unterschiede, zum Beispiel 25 bis 75 Pf., bei anderen kleinere Abstufungen, zum Beispiel 10, 15, 20 und 30 Pf., aufweisen. Schließlich können wir ja noch, um ganz sicher zu gehen, dieselben vorläufig nur auf zwei Jahre probeweise einführen. Haben sie sich dann bewährt, behalten wir sie weiter, haben wir nicht den gewünschten Vortheil gehabt, dann bleibt es uns noch immer unbelassen, sie wieder abzuschaffen.

Nachdem wir nun zur Bejahung der Frage, ob wir Staffelbeiträge einführen können und müssen, gekommen sind, drängen sich zunächst 4 weitere Fragen auf:

1. Sollen die Beiträge auf Grund des ortsüblichen oder Minimallohns oder nach den verschiedenen Branchen festgelegt werden?
 2. Sollen wir nur für die männlichen oder auch für die weiblichen Mitglieder Staffelbeiträge einführen?
 3. In wie viel Klassen wäre der Staffelbeitrag am zweckmäßigsten einzuführen?
 4. Sollen die Unterstützungsätze dieselben bleiben oder den Beiträgen entsprechend erniedrigt werden?
- ad. 1 bin ich der Meinung, daß es das Beste wäre, die Beiträge nach den ortsüblichen resp.

Minimallöhnen festzulegen und nicht nach den Branchen; denn im Großen und Ganzen dürften Löhne in den einzelnen Orten nicht solch erhebliche Unterschiede in den verschiedenen Branchen aufweisen, daß für eine derselben die Einführung niedrigerer Beiträge sich als eine Nothwendigkeit erweisen würde. Sollte es aber dennoch einmal der Fall sein, so kann es den örtlichen Vertrauenspersonen anheimgestellt werden, für einzelne Branchen niedrigere Beiträge festzusetzen, welcher Beschluß jedoch der Bestätigung des Zentralvorstandes unterliegt, ohne dessen Bewilligung überhaupt in der 2. Klasse keine niedrigeren Beiträge an einem Orte erhoben werden dürfen.

Daß wir bei der Einführung der Staffelbeiträge auch auf die ebenfalls stark differirenden Löhne der weiblichen Mitglieder Rücksicht nehmen, ist wohl nicht mehr wie recht und billig. Zudem können bei diesen auch nur äußerst wenig unserer jetzigen Mitglieder in Betracht, so daß wir uns durch einen etwaigen Beitragsverlust ganz und gar nicht abschrecken lassen brauchen.

Als Zahl der Klassen halte ich für einen ersten Versuch zwei Klassen für hinreichend und zwar für die 1. Klasse wie bisher für männliche 35 Pf. und für weibliche Mitglieder 15 Pf. Für die 2. Klasse männliche 25 Pf. und weibliche Mitglieder 10 Pf. pro Woche. Für eine 3. Klasse wäre ich nur dann, wenn wir die Zahlstellen mit einem Minimallohn von 24 Mk. und darüber mit einem Beitrag von 50 Pf. verpflichten könnten; da dies ja aber ganz aussichtslos ist, wollen wir uns lieber mit den zwei Klassen begnügen.

Zur Zahlung in die 1. Klasse wären die Mitglieder der Orte verpflichtet, an denen der ortsübliche oder Minimallohn für männliche 18 Mk. und darüber und für weibliche 12 Mk. und darüber beträgt. In der 2. Klasse können die Mitglieder der Zahlstellen und Gaue zahlen, welche geringere als die vorgenannten ortsüblichen oder Minimallöhne am Orte haben. Das Zahlen der Beiträge in der 1. Klasse ist obligatorisch, während es den Mitgliedern, welche für die 2. Klasse in Betracht kämen, freigestellt bleiben müßte, ob sie in dieser oder auch in der 1. Klasse zahlen wollen; denn die meisten der jetzigen Mitglieder würden auch nach Einführung der Staffelbeiträge weiterhin dieselben Beiträge wie bisher zahlen wollen, um sich ihre erworbenen Rechte auf höhere Unterstützungsätze nicht zu schmälern. Die Mitglieder müßten jedoch gehalten sein, den einmal gewählten Beitrag auch ständig zu bezahlen. Neuaufnahmen von Mitgliedern in diesen Orten und den Gauen müßten so viel wie möglich nur in der 2. Klasse erfolgen, um die Betreffenden leichter zu behalten. Nur auf deren ausdrücklichen Wunsch, in der 1. Klasse aufgenommen zu werden, soll diesem stattgegeben werden. Die Unterstützungsätze für die 2. Klasse den Beiträgen entsprechend herabzusetzen, halte ich für unbedingt geboten, denn thäten wir es nicht, dann würden alle Mitglieder in den betreffenden Orten zur 2. Klasse übertreten, während so nur ein verschwindend kleiner Theil von der neuen Einrichtung Gebrauch machen würde. Unsere Kasse würde aber auch dadurch zu sehr belastet werden und schließlich würden sich die Mitglieder in der 1. Klasse mit Recht dadurch benachtheiligt fühlen. Wir sind deshalb gezwungen, die Unterstützungsätze für die 2. Klasse entsprechend zu reduzieren. Doch würde ich dabei nicht empfehlen, die Tagesunterstützungsätze herabzusetzen, sondern nur die Gesamtsumme der zu beziehenden Unterstützungsätze zu reduzieren, die Tagesgelde aber zu belassen, wie sie jetzt sind; denn diese haben wir gezwungenermaßen schon so knapp bemessen müssen, daß sie die Betreffenden nur gegen die größte Noth schützen. Zudem würde durch Beibehaltung der gleichen Sätze für beide Klassen den Unterstützungsanzahlern und Kassirern die Arbeiten wesentlich erleichtert werden. Die Unterstützungsätze wären demnach gemäß § 15 unseres Statuts zu bemessen und zwar nach Einführung der 2. Klasse wie folgt:

a. an männliche Mitglieder:	
Bei einer Mitgliedschaft und Beitragszahlung von 26 Wochen	1. Klasse pro Tag 2. Klasse pro Tag
0,50—15 Mk.	0,50—10 Mk.
52	0,75—40
156	1,20—60
260	1,50—90

b. an weibliche Mitglieder:

Bei einer Mitgliedschaft und Beitragszahlung	1. Klasse pro Tag	2. Klasse pro Tag
von 52 Wochen	0,50—20 Mk.	0,50—15 Mk.
= 156	= 0,75—30	= 0,75—25
= 260	= 1,00—45	= 1,00—35

Bei den jüngeren Kollegen würde es nun wohl aber häufig vorkommen, daß sie bei häufigem Stellenwechsel mal in der einen Zahlstelle in der 1., dann wieder in einem andern Orte in der 2. Klasse Beiträge entrichtet haben und so eine bestimmte Karenzzeit sich mit zweierlei Beiträgen erworben haben. Die Unterstützungssumme wäre wohl für diese in der einfachsten Weise darnach zu bemessen, daß die in einer Klasse am meisten gezahlten Beiträge als grundlegend dafür angesehen werden. Zum Beispiel: Hat ein Mitglied in Hannover ca. 35 Wochen à 35 Pf. Beiträge bezahlt, arbeitet hierauf im Gau XII und bezahlt dort 20 Wochen in der 2. Klasse, so wäre dies Mitglied berechtigt, die Unterstützungssumme für die 1. Klasse zu beziehen. Wäre es umgekehrt der Fall, das heißt, hätte dies Mitglied 20 Wochen in der 1. und 35 Wochen in der 2. Klasse seine Beiträge entrichtet, so würde es nur den Anspruch der Unterstützungssumme für die 2. Klasse haben.

Ich schließe hiermit meine Ausführungen mit dem Wunsche, daß sich die Debatten über diese Frage in den Zahlstellen noch recht reger gestalten und zu einem endgültigen guten Beschluß führen mögen. München. K.

Bericht vom Gantag des Gau XVI.

Abgehalten am 19. Mai 1902 in Würzburg.

Vertreten sind die Zahlstellen Erlangen, Frürk, Nürnberg, Würzburg und die Sektion der Portefeuller Nürnbergs.

Der Gauvorsitzende Reckling eröffnet den Gantag um 10 Uhr mit einer Begrüßung der Anwesenden und spricht der Zahlstelle Würzburg seinen Dank für den freundlichen Empfang aus.

Nach Befehung des Büreaus mit Reckling als 1. Schmitt als 2. Vorsitzenden und Dürr und Dunkel als Schriftführern und nach Bekanntgabe der Tagesordnung, giebt der Gauvorsitzende den Geschäftsbericht. Derselbe führt aus, daß diesmal sein Bericht kein so erfreulicher, aber trotzdem ein Fortschritt zu verzeichnen sei, so habe er am 6. April in einer Versammlung zu Bamberg 5 Mitglieder für den Verband gewonnen und zählt der Gau 15 Einzelmitglieder und 5 Zahlstellen mit 450 Mitgliedern; ferner fand im Gau 1 kombinierte und 1 Protestversammlung statt. Er schließt seinen Bericht mit dem Bemerkten, daß der Gau XVI wohl einer der am schwersten zu bearbeitende sei in Folge seiner ländlichen Lage.

In der folgenden Diskussion sprechen alle Delegierte ihre Anerkennung über die Thätigkeit des Gauvorsitzenden aus.

Fehse-Erlangen stellt die Anfrage, wie es mit Unterfranken stehe und warum daselbe so stiefmütterlich behandelt werde. Dem entgegenet Reckling, daß er dort Alles versucht habe und auch Kollege Schmitt die Erlaubnis zur Agitation in Aschaffenburg erteilt habe. Letzterer bespricht die Verhältnisse in den Ortschaften Marktbreit, Ochsenfurt, Kitzingen, Kissingen, Lohr und Aschaffenburg, in welchen zusammen 30 bis 40 Gehilfen beschäftigt sind. Ein starker Wechsel sei in diesen Orten zu verzeichnen, fast Keiner bleibe länger wie 14 Tage in Arbeit.

Hierauf folgt die Entgegennahme der Zahlstellenberichte.

Fehse-Erlangen berichtet, daß seit dem letzten Gantag im Juli 1901 die Mitgliederzahl von 65 auf 104 gestiegen sei, die Zahl der Betriebe habe sich um 3 vermehrt, insgesamt seien 20 Betriebe mit einem Arbeitspersonal von 430 bis 450 Personen vorhanden, der Tarif würde überall eingehalten und sei von mehreren Firmen in der Arbeitsordnung aufgenommen. Leider werde aber auch der Minimaltarif überall als Maximaltarif betrachtet. Er theilt ferner mit, daß in diesem Jahre zum ersten Male das Gesuch um Freigabe des ersten Mai an die Prinzipale gerichtet wurde; aber es blieb nur ein Gesuch; die Prinzipale lehnten es ab. — Die Mitglieder zahlen 5 Pf. Extrasteuer pro Woche.

Dürr-Fürth bekundet, der Mitgliederstand beträgt 73. Dem stehen über 600, davon allein 500 weibliche Personen als unorganisiert dem Verband gegenüber, er hofft, daß das Gewerkschafts-tartell Fürth seinen vor einigen Monaten gefaßten Beschluß, die Frauenagitation betreffend, zur baldigen Ausführung bringen wird. Ferner stellt derselbe einen Antrag, der heutige Gantag möge beschließen, den Verbandsvorstand zu ersuchen, Frau Zieg zu veranlassen, eine Agitationstour durch den Gau zu unternehmen. Dieser Antrag wird zurückgestellt. Dürr konstatiert noch, daß sich die Löhne in Fürth etwas gehoben haben.

Müller-Nürnberg berichtet, daß der Mitgliederstand 154 männliche und 36 weibliche betrage, und daß es ihnen gelungen sei, trotz der ungünstigen Konjunktur, im vorigen Herbst Forderungen zur Durchführung zu bringen, und daß auch jetzt, trotz flauer Geschäftslage, der vereinbarte Tarif von allen anständigen Meistern bezahlt werde; das Hauptaugenmerk müsse die Zahlstelle jetzt auf die Kunstanstalten richten, um auch da baldigst die schlechten Verhältnisse zu verbessern.

Ganz-Nürnberg (Portefeuller) berichtet, daß die Sektion 56 Mitglieder zähle, sämtliche Portefeuller seien organisiert. Jede Werkstätte habe einen eigenen Tarif in Folge der in Nürnberg herzustellenden verschiedenartigen Artikel, überall werden diese anstandslos eingehalten. Im vorigen Jahre sei man daran gegangen, die Heimarbeit abzuschaffen. Dieses Bestreben würde aber leider nicht von allen Kollegen zur Genuge gewürdigt. Die Löhne betragen 19 bis 33 Mk. bei einer Arbeitszeit von wöchentlich 57 Stunden. Die nächste Arbeit müsse sein, die Reißzeugmacher für den Verband zu gewinnen.

Zunächst verliest der Gauvorsitzende einen Brief der Zahlstelle Regensburg, welche auf dem Gantag nicht vertreten ist. Er knüpft daran die Bemerkung, daß Regensburg einen Vertreter hätte entsenden können, nachdem mehrere Zahlstellen erklärten, für die dadurch entstehenden Kosten mit beizutragen, wenigstens aber den auf der kombinierten Versammlung zur Verlesung gebrachten Bericht an ihn hätte gelangen lassen können. Ferner verwahrten sich der Gauvorsitzende, sowie sämtliche Delegierten gegen den Schlußsatz des Schreibens, in welchem bemerkt ist, daß der Gantag in Würzburg nur dem Vergnügen gewidmet sei.

Schmitt-Würzburg berichtet, daß der Mitgliederstand seit dem 4. Quartal eine Aenderung erfahren habe, indem der Bestand der männlichen Mitglieder um 4 zurückgegangen sei, dagegen der der weiblichen um 4 zugenommen habe. Sonst würden in allen Firmen, außer bei Stürz, welcher seit seiner Maßregelung und auch schon vorher den Minimallohn nicht einhalte, die Vereinbarungen gehalten. Die Buchbinder in Würzburg seien zu 90 Prozent organisiert. Erfreulich ist es, daß die Feiertage, von denen Würzburg 18 habe und zwar 10 gesetzliche und 8 nichtgesetzliche (an letzteren müßte Vormittags 4 Stunden gearbeitet werden), ganz bezahlt würden, ferner daß fast sämtliche Kollegen, bis auf vier, die neunstündige Arbeitszeit haben.

Heise als Einzelmitglied spricht über die Verhältnisse in Schweinfurt und Kissingen. In Schweinfurt beträgt die Arbeitszeit 10 bis 12 Stunden, die Löhne 2 bis 8 Mk. bei Kost. Lohn von 2 Mk. zahlt ein Prinzipal, der vor Jahren auch einmal Verbandsmitglied gewesen sein soll. Am Orte sind 7 Betriebe. In Kissingen sind 5 Betriebe mit 5 Gehilfen, wovon 2 organisiert sind und einen Minimallohn von 15 Mk. haben; für Ueberstunden werden 35 Pf. gezahlt.

In der Diskussion über diese Berichte bemerkt Schmitt, daß auch die hiesige Zahlstelle 5 Mk. für den Regensburger Delegierten bewilligt hätte, das Gleiche hätten auch die Nürnberger, Erlanger und Fürther Kollegen, sowie die Portefeullersektion Nürnberg erklärt; eine kurze Mitteilung hätte genügt, wenn es in Folge finanzieller Verhältnisse nicht möglich war, einen Delegierten zum Gantag zu entsenden, um dem abzuhelfen. Er verurteilt das Schreiben der Zahlstelle Regensburg und betont, daß hier wohl noch andere Verhältnisse und Personen mit im Spiele seien. Auch Fehse, Müller, Schniger, Ganz, Dürr, sowie Reckling beteiligen

sich an der Diskussion; Alle finden das Schreiben und Verhalten der Zahlstelle Regensburg als ungeschön.

Reckling streift zum Schluß nochmals die Berichte der einzelnen Zahlstellen, welche zusammen genommen ein erfreuliches Bild darstellten.

(Schluß folgt.)

Von der Weltfirma Moritz Mädlers-Leipzig

schreibt die „Leipziger Volkszeitung“: Die Klassenbewußte Arbeiterschaft führt ununterbrochen den Kampf gegen die Ausbeutung. Ueberall sucht das Unternehmertum die zeitgemäßen und gerechten Forderungen zu unterdrücken. Man sollte doch erwarten, daß, sobald Differenzen eintreten, der Unternehmer mit seinen Arbeitern Rücksprache nimmt, beziehungsweise sich mit ihnen ins Einvernehmen setzt. Leider vertreten aber die Unternehmer in den meisten Fällen den Standpunkt, allein Herzen im Hause sein zu wollen und wenn es nicht paßt, der kann gehen. Unter solchen und ähnlichen Verhältnissen haben seit Jahren die Arbeiter bei der Firma Mädlers zu leiden gehabt. Durch die fortwährenden Einschüchterungen und die Unterdrückung eines jeden selbständigen Handelns ist ein Stamm launfrömmen und untertäniger Arbeiter herangebildet worden. Es genügt, auf zwei Vorgänge zu verweisen. Vor ungefähr 1 1/2 Jahren feierte die Firma ihr 50jähriges Geschäftsjubiläum. Die Arbeiter machten den Herren Gebrüder Mädlers eine Votivtafel, die außer den Nebenpfeifen einen Werth von 1600 Mk. hatte, zum Geschenk. Die Summe von zusammen etwa 2000 Mk. konnte erst im Laufe von zwei Jahren in kleinen Raten von den Arbeitern aufgebracht werden. Jeder hatte insgesammt einen Beitrag von 7 Mk. zu entrichten. Man zahlte aber ohne Murren, in der Hoffnung, die Firma Mädlers werde sich schließlich erkenntlich zeigen. Man rechnete auf eine Lohnaufbesserung und auf andere Reformen. Das Gegentheil ist eingetreten. Die eigentliche Antwort auf solche Unterwürfigkeiten gab aber die Firma Mädlers erst in den letzten sechs Monaten. Es wurden da eine große Anzahl Leute eingestellt und ihnen dauernde Stellung versprochen. Mit Hilfe zahlreicher Ueberstunden wurde eine Ueberproduktion herbeigeführt. Die Ueberstunden wurden den Arbeitern nur mit 10 Prozent vergütet. Mitten im Winter wurden sodann etwa 50 Arbeiter entlassen, ohne daß irgend eine Rücksprache oder eine Verständigung mit ihnen stattgefunden hatte. So ist die allgemein verbreitete Ansicht nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen, daß die Firma Mädlers zwar eine schlechte Geschäftslage als Entlassungsgrund angegeben hatte, daß sie in Wirklichkeit aber den Versuch unternommen wollte, einen tüchtigen Abzug vorzunehmen. Dieser Versuch ist auch glücklich gelungen. Sie nahm Abzüge auf einige Artikel von 20, 30 und mehr Prozent vor, ungeachtet dessen, daß für andere Artikel Preise gezahlt werden, wobei kaum ein Wochenlohn von 15 Mk. zu erreichen ist. Ferner muß noch bemerkt werden, daß die Firma auch alte Arbeiter, die jahrelang ihre Kraft und Gesundheit geopfert haben, als unbrauchbar entlassen hat. So tragen die Arbeiter in Folge ihrer Harmonieduselei selbst den Schaden. Nimmehy hat sich eine Werkstattoersammlung mit diesen Umständen beschäftigt, wobei folgende Resolution angenommen wurde: Die am Freitag den 25. April 1902 im Restaurant „Stadt Altenburg“ tagende Werkstattoersammlung der Firma M. Mädlers richtet an die Firma das Ersuchen, mit Rücksicht auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse von weiteren Abzügen Abstand zu nehmen. Die Versammlung ist der Meinung, daß bei eintretendem Arbeitsmangel keine Arbeiter mehr entlassen zu werden brauchen, sondern daß die Arbeitszeit zu verkürzen ist. Ferner verlangt die Versammlung, um eine bessere Verbindung zwischen Arbeitgeber und Arbeitern zu schaffen, die Einsetzung eines Arbeiterausschusses. Diese Beschlüsse wurden der Firma Mädlers zugesandt. Die Antwort darauf war eine indirekte Maßregelung eines Kollegen und die Ernennung sämtlicher Saalvorsteher zu Werkführern, des einen zum Oberwerkführer und des Geschäftsführers zum Fabrikinspektor. Auch nach anderer Richtung herrschen bei der Firma

Uebelstände, auf die wir diesmal nicht näher eingehen wollen. Wiederholt müssen wir aber an die Arbeiter der Firma Mäbler die dringende Anforderung richten, sich zu organisiren und gemeinsam für bessere Verhältnisse einzutreten.

Korrespondenzen.

Gotha. In unserer am 10. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde u. A. Stellung genommen zur Versicherung der Gewerkschaftsbeamten. Der Vorsitzende sprach für die von der Generalkommission gemachten Vorschläge, während Damke entgegengesetzter Meinung war und den Standpunkt vertrat, daß sich die Beamten selbst versichern sollen, er schloß sich deshalb der Hamburger Resolution an. Hierbei erwähnte er auch den Artikel des Kollegen Kloth-Weipzig in Nr. 17 dieser Zeitung, in welchem es zum Schlusse heißt, daß das zehntausendköpfige Ungeheuer von Arbeitgebern, trotz aller seiner Fehler, schon jetzt seinen Arbeitern das gewährt, was er seinen Gliedern erst in unberechenbarer Zukunft erringen wird; er könne gar nicht begreifen, wie ein Arbeiter derartige Worte überhaupt noch zu Papier bringen kann. Denn man kann wohl sagen, daß es ungerecht ist, von einem Arbeiter zu verlangen, bis in unberechenbare Zukunft den halben und späterhin vielleicht auch den ganzen Versicherungsbeitrag zu tragen. Dieses kann man nicht von Jemandem verlangen, welcher drei Mal schlechter gestellt ist, als die Beamten, von denen man am allerersten erwarten muß, daß sie den humanen Standpunkt vertreten: Wir tragen den Beitrag selbst. Es wurde ein diesbezüglicher Antrag des Kollegen Damke angenommen. Insbesondere werden die Delegirten zum Kongreß ersucht, diese Ansichten der Zahlstellen zu berücksichtigen in dieser Frage.

Weiter erklärte sich die Versammlung mit der Ansicht der Nürnberger Zahlstelle über verlorene Beitragsmarken einverstanden.

Nachdem der Vorsitzende noch erwähnte, in der nächsten Versammlung die Fettel zur Urabstimmung auszufüllen, wurde die Versammlung geschlossen.

Bundschau.

* Ein Arbeitswilliger spielt in Gößnitz abermals eine höchst unrühmliche Rolle. Obgleich in der Zeitung vor Zugung nach Gößnitz gewarnt wurde, kam dieser Edle, mit Namen Walter Regen, nach dort. Von den Kollegen auf die bei Anhöck & Co. bestehenden Verhältnisse aufmerksam gemacht, weinerte er die Kollegen an und gab vor, er könne eine Stelle in Köln annehmen, es fehle ihm aber an dem nöthigen Reisegeld. Die Gößniker gaben ihm dann auch 15 Mk. und brachten ihn am Mittwoch zur Bahn, aber schon Donnerstag erfuhr sie, daß er noch in derselben Nacht wieder zurückgekehrt sei. Am Freitag früh fing er bei Anhöck & Co. an. Auf erstattete Anzeige bei der Behörde wegen Betrugs ist Regen bereits verhört worden.

Hierbei zeigt sich wieder, daß die in der Zeitung erlassene Warnung, den Zug nach einem Orte fernzuhalten, nicht die gewollte Wirkung hat, sie giebt dergleichen Elementen geradezu Gelegenheit, nach den Orten zuzureisen, um eine Plünderung der Verbandsgelder vorzunehmen. In solchen Fällen wird es aber auch gut sein, wenn die Zahlstellenverwaltungen nicht gleich jedem unverschämten Verlangen sich gefügig zeigen und einem Zureisenden gleich eine größere Summe zur Abreise gewähren; das Fahrgeld bis zur nächsten größeren Stadt, das möglichst gleich auf dem Bahnhof in ein Fahrbillet für den betreffenden unzuverlässigen ist, dazu ein paar Groschen Zehrgeld — das muß genügen. — Die Firma Anhöck & Co. aber kann stolz sein auf ein solches Personal!

* Schlechte Arbeitsverhältnisse sollen in Waiblingen a. G. (Württemberg) in den dortigen Buchbindereien herrschen, so daß es rathsam erscheint, wenn die reisenden Kollegen diesen Ort meiden. Neben niedrigen Löhnen soll, wie uns geschrieben wird, sich die Arbeitszeit im Winter oft von Morgens 7 Uhr bis Nachts 11 Uhr ausdehnen.

* Die „Statistischen Erhebungen“, die der Vorstand unseres Verbandes herausgegeben hat, werden in dem Organ des „Allg. Niederländischen Buchhinderverbandes“ sehr anerkennend beurtheilt. „Wir haben“, so beginnt der Leitartikel der Aprilnummer von „Nieuw Leven“, „soeben mit voller Befriedigung ein Buch bei Seite gelegt, das mit seinem soliden Inhalt und seinem massiven Aufbau einen tiefen Eindruck in uns hinterlassen hat. Und doch war es kein Buch, das im gewöhnlichen Sinne des Wortes anzusehen wäre, denn hervorragend literäre Qualitäten oder ein zu näherer Kenntnißnahme verlockender Titel sind ihm fremd. Aber über Allem liegt Ernst und ruhige Bediegenheit, sowohl was den Inhalt als auch was die Behandlung des Stoffes betrifft. Es war uns, als ob ein guter Freund aus fernem Landen zu uns gekommen wäre, mit der Kraft der Ueberzeugung unsern Muth zu stählen, und mit einer Stimme, die uns noch in den Ohren rauscht wie Musik, wie das Lied von frohern Tagen, die herankommen. — Was uns so sympathisch berührte, war der Umstand, daß auch jenseits der Grenzen unseres kleinen Vändchens unter den Fachgenossen daselbe gedacht und gefühlt wird, als in den eigenen Kreisen, doch daß man dort schon viel früher die Hand an den Pflug gelegt hat, um das gemeinschaftlich zu erstreben, wozu der Einzelne nicht die Macht besitzt. Wie weit man in dieser Hinsicht gekommen ist, das mußte durch lange, dürre Zahlenreihen bewiesen werden, durch trockene Aneinanderreihung von Zahlen und nochmals Zahlen, denen jedoch Thatfachen, unwiderlegliche Thatfachen zu Grunde liegen. — Dieses Buch hat für uns einen um so höheren Werth, weil es neben seinem kostbaren, erweckenden Inhalt die Verheißung enthält, daß mit ausdauernder Arbeit und Energie für uns in bescheidenem Maße das Gleiche zu erreichen ist. — Das Buch, das einen so starken Eindruck auf uns gemacht hat, führt den Titel „Statistische Erhebungen in den Buchbindereien Deutschlands“. — Wir können nur wünschen, daß die neueste Publikation unseres Verbandes nicht nur in Holland allgemein einen so starken Eindruck macht und fruchtbringend wirkt, sondern daß das auch besonders in denjenigen Theilen unseres ausgedehnten Vaterlandes der Fall sein möge, wo die Verhältnisse noch eben so schlechte sind, wie bei unseren niederländischen Stammesbrüdern.

* Ein Fachverband des Kunstgewerbes hat sich in Berlin gegründet, der sich jedoch über das ganze Reich zu erstrecken gedenkt. Er bezweckt in der Hauptsache, „die wirtschaftlichen und handelspolitischen Interessen aller Gruppen der Kunstgewerbetreibenden, sowohl der Industrie als des Handels, zu vertreten und zu fördern“. Hierzu rechnet der Fachverband insbesondere die Mitwirkung bei Feststellung der Etats für kunstgewerbliche Anstalten aller Art, wie Fachschulen, Museen etc., bei Vergabung öffentlicher Arbeiten und Berufung Sachverständiger, in Ausstellungsfragen, bei der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Urheberrechts, des Geschmacks-, Gebrauchsmuster- und Markenrechtes etc., in Zollfragen und bei Abschluß von Handelsverträgen. Von Fabrikanten unseres Gewerbes haben schon ihren Beitritt erklärt: Buchbindermeister W. Collin, A. Demuth, Albumfabrikant A. Foerste, Lederwarenfabrikant A. Schwalbe, Kartonnagenfabrikant C. Karfunkelstein u. A.

* Eine Sonderorganisation, die sich vom Zentralverband der Textilarbeiter Deutschlands loslöste, hat sich kürzlich unter dem Namen: Verband der vogtländischen Schiffensticker, mit dem Sitz in Plauen, gebildet. Aus welchen Gründen die Absonderung der vogtländischen Schiffensticker vom Textilarbeiterverband stattfand, wird nicht mitgetheilt.

* Die Zahl der deutschen Arbeitersekretariate betrug 1901 35, von denen 2 (Pforzheim und Girsch) im gleichen Jahre wieder eingingen, während 6 (Kassel, Köln, Dortmund, Kiel, Lübeck und Wolgast) neu ins Leben traten. Von den übrigen 27 wurden 1 (Berlin) im Jahre 1889, 1 (Nürnberg) 1894, 1 (Stuttgart) 1897, 5 in 1898,

9 in 1899 und 10 in 1900 gegründet. Das Berliner Sekretariat wurde bisher nur als Gewerkschaftsbureau bezeichnet, obwohl es längst die Funktionen eines Arbeitersekretariats verah. Es erwies sich den übrigen Sekretariaten insofern als ein treuer Helfer, als es eine Reihe von Vertretungen vor dem Reichsversicherungsamte übernahm. Als das älteste der eigentlichen Arbeitersekretariate, nach dessen Vorbild alle übrigen ins Leben gerufen wurden, ist indeß das Nürnberger Sekretariat zu bezeichnen, und diese Priorität wird ihm wohl auch von keiner Seite her streitig gemacht werden. In seinen Frequenzsiffern ist es indeß längst vom Frankfurter Sekretariat überflügelt worden. 29 Sekretariate ertheilten zusammen 173 548 Auskünfte und wirkten dadurch ungemein segensreich für die arbeitende Bevölkerung. 28 Sekretariate haben genau angegeben, auf welche Angelegenheiten sich die Auskünfte vertheilten. Von den Auskünften bei 28 Sekretariaten (ausschließlich Gelsenkirchen) entfielen auf Bürgerliches Recht 49 694 = 28 Prozent, Arbeiterversicherung 46 741 = 26 Prozent, Arbeits- und Dienstvertrag 31 149 = 17 Prozent, Gemeinde- und staatsbürgerliche Angelegenheiten 14 169 = 8 Prozent, Strafrecht 12 923 = 7 Prozent, Gewerbsachen 1959 = 1 Prozent, Arbeiterbewegung 1319 = 1 Prozent, Diverse 13 770 = 12 Prozent. Die Gebiete des Bürgerlichen Rechts und der Arbeiterversicherung beanspruchen also die meiste Arbeitskraft der Sekretariate; die gewerblichen Streitigkeiten kommen erst in dritter Linie, während die Auskünfte über Organisations- und Gewerkschaftsfragen wohl deshalb ein so verschwindender Faktor sind, weil sie von vielen Sekretariaten überhaupt nicht registriert werden. Besonders ist die Arbeit der Sekretariate auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, trotz der Errichtung der Rentenstellen, durchweg gestiegen, wie ein Vergleich mit den entsprechenden Frequenzsiffern des Vorjahres zeigt. Mit der Auskunftsvertheilung ist die Thätigkeit der Sekretariate keineswegs erschöpft; es kommt noch in zahlreichen Fällen die Rechtshilfe und Rechtsvertretung hinzu.

* Der Beirath für Arbeiterstatistik, der an Stelle der Kommission für Arbeiterstatistik treten und der arbeitsstatistischen Abtheilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes beigegeben werden soll, wird nach den vom Reichskanzler dem Reichstag übermittelten Bestimmungen folgende Aufgaben zu erfüllen haben: Er hat 1. auf Anordnung des Bundesraths oder des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) die Vornahme arbeitsstatistischer Erhebungen, ihre Durchführung und Verarbeitung, sowie ihre Ergebnisse zu begutachten; 2. in Fällen, in denen es zur Ergänzung des statistischen Materials erforderlich erscheint, Auskunftspersonen zu vernehmen; 3. dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) Vorschläge für die Vornahme oder Durchführung arbeitsstatistischer Erhebungen zu unterbreiten. Der Beirath besteht aus einem Vorsitzenden und 14 Mitgliedern, von denen 7 der Bundesrath und 7 der Reichstag wählt. Die Wahlen erfolgen für die Dauer jeder Legislaturperiode. Der Beirath ist befugt, zu seinen Sitzungen Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl als Beisitzer mit beratender Stimme zuzuziehen. Die Zuziehung muß erfolgen, wenn sie vom Bundesrath oder vom Reichskanzler (Reichsamt des Innern) angeordnet oder von sechs Mitgliedern des Beiraths beantragt wird. Der Reichskanzler (Reichsamt des Innern), sowie die Landesregierungen sind befugt, zu den Sitzungen des Beiraths und der Ausschüsse Vertreter zu entsenden, die jederzeit gehört werden müssen. Die Vertreter sind dem Vorsitzenden namhaft zu machen. Als Mitglieder des Bundesraths und des Reichstags werden, wie verlautet, in den Beirath in erster Linie dieselben Herren gewählt werden, die bereits der arbeitsstatistischen Kommission angehörten. Von der arbeitsstatistischen Abtheilung des statistischen Amtes bis zum Arbeitsamt und von dem Beirath für Arbeiterstatistik bis zur Arbeitskammer ist noch ein recht weiter Weg.

Zur gefälligen Beachtung! Für die laufende Nummer bestimmte Einfindungen sollen spätestens Dienstag früh der Redaktion zugegangen sein. Nur Annoncen können noch bis Dienstag Mittag Berücksichtigung finden.

Fragekasten.

Welchem Umstand ist es zuzuschreiben, daß Photographien, welche mit Stärkeleister auf Karton aufgezogen, nach dem Trocknen fahlgelbe Flecken zeigen?

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieck Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 34.

„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 33.

Briefkasten.

L. J. in G. Der Fall zeigt wiederum, wie äußerst vorsichtig man mit den „Eingefandten“ sein muß. Ich hätte dasselbe ja gar nicht aufgenommen, wenn es nicht von Ihnen unterzeichnet gewesen wäre; und Sie sind nun vollständig dupirt worden. Hinterher zahlt dann der Verband eine größere Summe Gerichtskosten, wie es erst neulich wieder der Fall war, und das für einen vollständig verfehlten Zweck. Besten Gruß!

G. M. in G. Nein, lieber Freund! Ihr Gpos werden wir nicht zum Abdruck bringen; mir hat es eine vergnügte Viertelstunde bereitet.

Zurückgestellt: Erweiterung unseres Mitarbeiteres X. Y. Z. auf den Artikel: Ein Zoll auf Bücher.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der Gaubevollmächtigten.

Gau I, Stadtkreis Berlin und die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt a. O.
Gauvorort Berlin: Karl Duff, Berlin-Rixdorf, Paniersstraße 32 v. IV.
Gau XVII, Bayerische Regierungsbezirke Niederbayern, Oberbayern und Schwaben.
Gauvorort München: S. Schumacher, München, Theresienstraße 83 I.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Gähnitz (S.-M.): Arthur Eschorn, Ernststraße 467.
Hamburg: Friedr. Küster, Altona, Lohmühlenstr. 15 II. (Kassier für Hamburg: Arthur Kippe, Glasbüttenstraße 85 III.)
Leipzig: Gust. Galisch, Leipzig-Neuditz, Rathhausstr. 5. (Adresse des Vertrauensmannes der Galanterie, Portefeuille- und Etuisbranche: Jean Krauß, Dufourstraße 5 III.)
Mainz: S. Stremmel, Bannstraße 30.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahlter.

Hamburg. Z.A. Restaurant „Carlsburg“, am Fischmarkt. Auszahlter P. Hoppe; von 2-3 und 7-1/2 Uhr. (Auch lokale Unterst.) Ml. 24 Mk. Az. 9 St.

Anzeigentheil.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Klostorf.

Am 24. Mai verstarb nach langem, schweren Leiden unser langjähriges Mitglied [1.20]

Hermann Voss

im Alter von 24 Jahren. Ehre seinem Andenken!

338] Der Vorstand.

Buchbinder-Männerchor München.

339] (Mitgl. des Arb.-Sängerb.) [1.50

Samstag den 14. bis Montag den 16. Juni

Partie

auf die Pyramidenspitze.

Abfahrt Samstag den 14., Abends punkt 7 Uhr, Skifahren retour. Rückfahrt Montag den 16. Juni Abends. Anmeldungen werden bis Mittwoch den 11. Juni e. im Café Dall'Armi entgegengenommen.

Der Ausschuß.

Herausgegeben vom Verband durch H. Dietrich, Stuttgart.

Achtung!

München.

Achtung!

Samstag den 7. Juni, Abends punkt 8 Uhr, im oberen Saale des „Kreuzbräu“

Große öffentliche Versammlung

aller in Buchbindereien und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

430]

Tagesordnung:

[3.40

- 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten S. Huber.
2. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Agitiert für zahlreichen Besuch dieser Versammlung.

Der Einberufer.

Verpätet.

Den abgereisten Kollegen

H. Krohn, H. Brandhuber, W. Ruffert, K. Bahs und K. Schulze

ein „Herzliches Lebewohl!“

341]

[1.20

Zahlstelle Kiel.

Unserem scheidenden Kollegen

[1.00

Ph. Weckesser

zu seiner Abreise nach Lindau ein

„Herzliches Lebewohl!“

mit dem Wunsche, auch ferner seine ganze Kraft unserem Verbands zu widmen.

342] Die Mitglieder der Zahlstelle Würzburg.

Unseren allverehrten, lieben Kollegen

[0.80

Goll, Miglitz und Heufelder

zu ihrem Scheiden von hier ein

„Herzliches Lebewohl!“

343]

Zahlstelle Hanau.

Unserem langjährigen, treuen Kassier

[0.70

Christoph Keess

bei seiner Abreise von hier ein

„Herzliches Lebewohl!“

344]

Die Kollegen der Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh.

Laden

mit Wohnung, eventuell Werkstatt, in dem seit einer langen Reihe von Jahren die Buchbinderei mit Erfolg betrieben wurde, ist in Zwickau in Sachsen per 1. Juli anderweit zu vermieten.

345.]

A. Bufe, Schulstraße 11.

346.]

Zu verkaufen!

[2.00

Eine seit 38 Jahren bestehende, maschinell vollständig eingerichtete Buchbinderei, mit ständiger fester Kundschaft, Laden und anstoßendem Arbeitsraum, in bester Geschäftslage Stuttgarts, eventuell mit Haus. Das Geschäft kann auch ohne Haus allein übernommen werden. Werth der Einrichtung und Baarenlager circa 8000 Mark. Gefällige Offerten unter „Schwaben“ an die Expedition dieser Zeitung.

Der

Lohntarif für Buchbinder-Arbeiten

(Minimaltarif)

wird an Verbandsmitglieder zum Preise von 75 Pf. (einschließlich Porto und Verpackungskosten) abgegeben. Preis für Nichtmitglieder 2 Mk.

Die Sonderausgabe für Arbeiterinnen ist zum Preise von 30 Pf. für Verbandsmitglieder und 50 Pf. für Nichtmitglieder zu haben.

Zu beziehen sind die Tarife von Max Walter, Leipzig-Anger, Weissenburgstr. 18 II, und vom Verbandsbureau, Stuttgart, Sophienstraße 10.

Der Lohntarif, inklusive des Berliner Vorrichters- und Wächsentarifs, ist von Alb. Bergmann, Berlin SO., Bureau, Engel-Arter 15 II, zum Preise von 85 Pf. exklusive Porto zu beziehen.

Berlin. Sonntag den 8. Juni [1.00
Frühaustrug
des Buchbinder-Männerchors
über Freytag nach Ober-Schönweide und Johannis-
thal. Treffpunkt früh 1/7 Uhr an der Köpenicker Brücke.

Statistische Erhebungen
in den Buchbindereien und verwandten
Berufen Deutschlands vom Jahre 1900
sind in Form einer 252 Seiten starken
Broschüre erschienen.
Für Verbandsmitglieder zu beziehen
durch die örtlichen Bevollmächtigten zum
Preise von 25 Pf. (exkl. Porto).
Bei direkter Zusendung durch das
Verbandsbureau, Sophien-
straße 10 I, für Mitglieder
45 Pf., für Nichtmitglieder
1,20 Mk. (inkl. Porto).

Holz-Pressen, Beschneidzeuge, Gestlader, Bret-
ter, Spalten, auch sämtliche Me-
tallwerkzeuge, liefert solid und preiswerth die älteste
Fabrik [100
F. Klement, Leipzig, Seeburgstraße 36.

Spezial-Geschäft
Herren-Hüte.
Federleichte, sowie wetterfeste Filzhüte,
garantirt gut tragend, Hochzeithüte von Mt. 4 an.
L. Flühr, Stuttgart,
Rothebühlstr. 14.
349] [1.40

Wetterfeste Filz- u. Lodenhüte
(keine Regentropfen sichtbar!)
empfiehlt äußerst billig [1.40
E. Schneckenburger,
350.] Gewerkschaftsbütmacher,
Stuttgart, 20 Rothebühlstraße 20.

Kaffee Schmale
(früher Kaffee Siebart)
Hauptverkehr der Buchbinder
351.] Berlin, Sebastianstraße 42. [1.60
Kaffee 10 Pf. — Schuttheißbier 10 Pf.
Warme Speisen zu jeder Tageszeit.
Franz. Billard. — Große Auswahl Zeitungen.

Empfehle allen Freunden und Genossen mein
Weiß- & Bayerisch-Bierlokal
nebst Vereinszimmer für 40 Personen und Franz.
Billard. [2.00
Für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt.
Gemüthlicher Aufenthalt. Telephon Amt 4 a 6591.
352] Gustav Ladewig,
Berlin, Kommandantenstraße 65,
Zahlstelle des Verbandes und der Stifstrankentasse.